

Leiharbeit abschaffen!

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!

Die Bedingungen in der Leiharbeit

- **Leiharbeit bedeutet: weniger Lohn für die gleiche Arbeit. Leider tragen einige Gewerkschaften, Ämter und Arbeitsagenturen (durch nachteilige Verträge, Sanktionen sowie einseitige Vermittlungsberatungen) ihren Teil zu diesem Umstand bei.**
- LeiharbeiterInnen verdienen im Schnitt **30 bis 50 Prozent weniger** als ihre Kolleginnen bei der Entleihfirma!
- LeiharbeiterInnen werden oft nur für den Zeitraum eingestellt, für den sie an eine fremde Firma verliehen werden können und anschließend entlassen, wenn nicht unmittelbar ein neuer Entleiher gefunden wird.
- Viele Beschäftigte werden um Lohn und Urlaub betrogen, indem ihnen die Zeit, in der sie nicht vermietet werden können, abgezogen wird.
- LeiharbeiterInnen haben im Entleihbetrieb noch weniger zu melden, als ihre fest angestellten KollegInnen. Sie sind Beschäftigte 2. Klasse.
- Werden Zeitarbeiter entlassen, ist Ihr Arbeitslosengeld in den meisten Fällen unwesentlich höher, als das Hartz IV Niveau.
- Die Chance auf einen Platz im ersten Arbeitsmarkt ist gleich Null und nur einigen wenigen Prestigezeitarbeitern vorbehalten.
- Mit Leiharbeit wird der Niedriglohnsektor weiter ausgebaut, die Perspektiven der Beschäftigten sind, Hartz IV oder weiter als Verleihsklave schuffen und andere reich machen.
- In der Krise, sind die LeiharbeiterInnen die Ersten, die gefeuert werden.
- Eine vernünftige Lebensplanung ist in Leiharbeit nicht möglich. Als Leiharbeiter weiss man vorher nicht, in welchem Betrieb man morgen schon geschickt wird. Von einem Tag auf den anderen wird die Beschäftigung in einem Betrieb beendet. Dank erhält man nicht.
- **Streikrecht?** Vergesst es. Leiharbeiter haben keine Organisation, dürfen daher nicht streiken.

Internet: www.dieLinkeOberberg.de



Fraktionsgeschäftsstelle die Linke. Oberberg

Gummersbacher Str.22

51645 Gummersbach

Tel.: 02261 – 58 99 252

Fax.: 02261 – 58 98 393

Leiharbeit hat sich in den vergangenen Jahren zu einem wuchernden Geschwür auf dem Arbeitsmarkt ausgebreitet. Innerhalb von zehn Jahren hatte sich die Zahl der Leiharbeiter und Leiharbeiterinnen auf rund 800.000 im Sommer 2008 verdreifacht. Unternehmen haben Stamarbeitsplätze in Leiharbeits-verhältnisse verwandelt. Sie haben keine zusätzlichen Arbeitsplätze geschaffen, sondern sich der billigeren und flexibel einsetzbaren Leiharbeit bedient. So sind in der Leiharbeit weit überwiegend keine guten Arbeitsplätze entstanden. Die Löhne liegen bis zu 50 Prozent unter dem, was Festangestellte für die gleiche Arbeit bekommen. Auch betriebliche Vergünstigungen bei der Arbeitskleidung oder in Kantinen gelten für Leiharbeiter nicht. Sie haben kaum berufliche Perspektiven, da sie nur selten in ein festes Arbeitsverhältnis übernommen werden. Zukunftsplanung ist häufig ein Fremdwort, weil Leih-arbeiter heute hier und morgen dort eingesetzt werden können. Die aktuelle Finanz- und Wirtschafts-krise zeigen: Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter werden als erste entlassen. Sie genießen keinen Kündigungsschutz und haben nur wenige Mitbestimmungsrechte. Im März 2009 waren in dieser Branche nur noch 520.000 Menschen beschäftigt.

DIE LINKE will Leiharbeit strikt begrenzen. Der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ darf nicht durch den Einsatz von Leiharbeit unterlaufen werden. Leiharbeiter und Leiharbeiterinnen dürfen nicht zu Beschäftigten zweiter Klasse gemacht werden. Wer den Boom der Leiharbeit gefeiert hat, ignoriert die schlechte Qualität von Leiharbeitsverhältnissen und ihre Folgen für den Arbeitsmarkt. Reguläre Beschäftigungsverhältnisse wurden verdrängt, weil prekäre Formen wie Leiharbeit sich immer weiter ausgebreitet haben. So werden Belegschaften gespalten und geschwächt. Die beiden letzten Bundesregierungen haben diese Missstände gefördert. SPD und Grüne haben jede zeitliche Beschränkung für die Beschäftigung von Leiharbeitern abgeschafft. Dank ihrer Politik dürfen Leiharbeiter schlechter bezahlt werden als Festangestellte. An der Union scheitert es, dass zumindest ein Mindestlohn-Tarifvertrag dieser Branche für allgemeinverbindlich erklärt wird.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass Leiharbeit begrenzt und sozial gerecht reguliert wird:

- Begrenzung der Überlassungshöchstdauer: Die Dauer, für die Leiharbeiter und Leiharbeiterinnen an ein Unternehmen verliehen werden können, darf sechs Monate auf keinen Fall überschreiten. Leiharbeit darf nur für kurzfristige Engpässe in Betrieben genutzt werden.
- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit: Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter müssen ab dem ersten Einsatztag den gleichen Lohn erhalten, **ohne dass ein Tarifvertrag schlechtere Bedingungen vorsehen darf**. Hierdurch und durch eine zusätzliche Flexibilitätsvergütung wollen wir Leiharbeit zurückdrängen.
- Ausweitung der Mitbestimmung: Betriebsräte müssen mehr über den Einsatz von Leiharbeit mitbestimmen können.
- Verbot von Leiharbeit in bestreikten Betrieben: Leiharbeiter und Leiharbeiterinnen dürfen nicht als Streikbrecher missbraucht werden.
- Die Leiharbeiter müssen von ihrem Arbeitgeber auch für Zeiten, in denen sie nicht ausgeliehen werden, entlohnt werden.

V. i. S. d. P. Georg Hewald Kreisarbeitsgemeinschaft „weg mit Hartz 4“

Internet: www.dieLinkeOberberg.de



Fraktionsgeschäftsstelle die Linke. Oberberg

Gummersbacher Str.22

51645 Gummersbach

Tel.: 02261 – 58 99 252

Fax.: 02261 – 58 98 393